



# JAHRESBERICHT DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ 2006



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

## Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Die DEZA ist die schweizerische Agentur für internationale Zusammenarbeit. Sie gehört zum Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die DEZA führt eigene Programme durch, unterstützt Programme multilateraler Organisationen und beteiligt sich an der Finanzierung von Aktivitäten schweizerischer und ausländischer Hilfswerke. Die wichtigsten Aktionsbereiche sind:

- bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
- humanitäre Hilfe, mit dem Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH)
- Zusammenarbeit mit Osteuropa.

Die DEZA sichert zudem die Gesamtkoordination der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe mit anderen zuständigen Bundesämtern.

Sie beschäftigt rund 1540 Personen – einschliesslich der lokalen Angestellten – im In- und Ausland. Im Jahr 2007 beträgt das Jahresbudget 1,339 Milliarden Franken. Direktor der DEZA ist Botschafter Walter Fust.

## Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im SECO setzt die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen der Schweiz zugunsten der Entwicklungs- und Transitionsländer um. Sein Ziel ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und die Verminderung der Ungleichheiten zwischen den Ländern. Das SECO fördert die Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft, unterstützt ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum auf marktwirtschaftlicher Grundlage und trägt zur verstärkten Mobilisierung privater Ressourcen bei. Es ist zuständig für die Beziehungen der Schweiz zur Weltbankgruppe und zu den regionalen Entwicklungsbanken.

Das SECO gehört zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. Es wird von Staatssekretär Jean-Daniel Gerber geleitet. Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschäftigt 56 Personen und hat 2007 ein Jahresbudget von 217,3 Millionen Franken zur Verfügung. Seit August 2006 steht er unter der Leitung von Botschafter Jörg Al. Reding, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge.

4

DAS MANDAT

5

AKTIVITÄTEN 2006

**Multilaterale Zusammenarbeit**

6

AKTIVITÄTEN 2006

**Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit**

8

AKTIVITÄTEN 2006

**Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS**

9

AKTIVITÄTEN 2006

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

10

AKTIVITÄTEN 2006

**Humanitäre Hilfe**

12

STATISTIKEN 2006

23

JAHRESKONFERENZEN



Walter Fust



Jean-Daniel Gerber

## Editorial

Die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit stösst in der Schweizer Öffentlichkeit auf wachsendes Interesse. 2006 war sie Gegenstand intensiver Diskussionen, die vor allem die Hilfe für Afrika betrafen. In Anbetracht der anhaltenden Armut auf diesem Kontinent zweifeln einige am Nutzen dieser Hilfe. Die Zusammenarbeit muss also greifbare Nachweise ihres Beitrags zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Partnerländern erbringen.

Die DEZA und das SECO bemühen sich unentwegt, die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. In diesem Sinne haben sie die verfügbaren Mittel auf eine beschränkte Anzahl Länder und Themen konzentriert. Das Ziel ist, mit den Budgets, die den Sparplänen des Bundes unterstehen, die grösstmögliche Wirkung zu erzielen.

Die Solidarität der Schweiz mit den Staaten Osteuropas stand 2006 an einem Scheideweg. Deren Zukunft wurde vom Stimmvolk vorgegeben; es nahm das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas an. Die Schweiz wird ihre Unterstützung der Transitionsländer weiterführen und gleichzeitig auch zur Verringerung der Ungleichheiten innerhalb der erweiterten Europäischen Union (EU) beitragen. Während der Abstimmungskampagne bot sich der DEZA und dem SECO die Gelegenheit, ihre bisherigen Bemühungen zur Förderung von Demokratie und Marktwirtschaft detailliert zu erläutern.

Die Entwicklungspolitik wird 2007 erneut im Zentrum der politischen Debatte stehen. Mehrere Rahmenkredite müssen genehmigt werden, um die Fortführung der Aktivitäten in den nächsten Jahren zu sichern. Das Parlament wird die Kredite für den Erweiterungsbeitrag an die neuen EU-Länder, für die Transitionshilfe und für die humanitäre Hilfe prüfen. Der Bundesrat wird ihm seine Botschaften zur Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens und der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit zukommen lassen.

Walter Fust,  
Botschafter,  
Direktor der DEZA

Jean-Daniel Gerber,  
Staatssekretär,  
Direktor des SECO



## Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Seit 2004 setzt die Schweiz durchschnittlich 0,4 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die Armutsbekämpfung in den Entwicklungs- und Transitionsländern ein. Zwei Bundesämter koordinieren die internationale Entwicklungszusammenarbeit im Auftrag des Bundes: Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

Alle Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit zielen darauf ab, die Lebensbedingungen der am meisten benachteiligten Menschen dieser Welt zu verbessern. Die DEZA setzt bei ihrer Arbeit vor allem auf die Schwerpunkte Konfliktbewältigung, soziale Entwicklung, gute Regierungsführung, Beschäftigungsförderung sowie Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Dabei strebt sie stets die Stärkung der Eigeninitiative in den Partnerländern an. Die DEZA und das SECO unterstützen die Länder Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Wissenstransfer und Finanzhilfe. Eine weitere Aufgabe der DEZA ist die humanitäre Hilfe. Über das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) lässt sie den Opfern von Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten direkte Hilfe zukommen.

Das SECO seinerseits formuliert die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und setzt diese auch um. Dabei strebt es ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum auf marktwirtschaftlicher Grundlage und die Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft an. Das SECO

engagiert sich in vier Bereichen: makroökonomische Unterstützung, Finanzierung von Infrastrukturen, Handelsförderung und Entwicklung des Privatsektors. Es konzentriert sich auf 22 Schwerpunktländer oder -regionen.

Während die humanitäre Hilfe überall dort geleistet wird, wo sie dringend nötig ist, konzentriert sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA auf 17 Schwerpunktländer oder -regionen und auf acht Spezialprogramme. Die Arbeit mit Osteuropa konzentriert sich auf neun Schwerpunktländer und -regionen sowie drei Spezialprogramme. Auf multilateraler Ebene arbeitet die DEZA mit Organisationen der UNO, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen.

Die DEZA steuert ihre Aktivitäten vor Ort von 50 Vertretungen aus, einige von ihnen unterhält sie gemeinsam mit dem SECO. 2006 war sie in rund 1000 Projekten aktiv. Insgesamt sind 550 Personen in der Schweiz und im Ausland für die DEZA tätig, dazu kommen rund 990 lokale Angestellte. Das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe kann auf 700 einsatzbereite Personen zählen. 2006 konnten dank diesem Pool 329 Einsätze im Ausland durchgeführt werden.

Das SECO beschäftigt im Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 56 Mitarbeitende. 2006 war es in über 220 Projekten engagiert. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der DEZA und dem SECO sorgt für Effizienz, Synergien und Erfolg in der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes.

### Beispiel: Mehr Mittel für die Armutsbekämpfung

Anlässlich der Verhandlungen über die siebte Wiederauffüllung des Internationalen Agrarentwicklungsfonds (IFAD) setzten sich die Geber 720 Millionen Dollar als Ziel. Dieser Betrag, der die Periode 2007–2009 abdeckt, entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung von 30 Prozent gegenüber der sechsten Wiederauffüllung. Die Schweiz hat den unveränderten Beitrag von 21 Millionen Franken in Aussicht gestellt. In Dollar entspricht dies einer Erhöhung von 20 Prozent. Der IFAD ist die wichtigste internationale Organisation, die sich mit der Landwirtschaft in Entwicklungsländern befasst. Seine Programme werden mit Spenden und Darlehen zu niedrigen Zinsen finanziert und dienen dem Kampf gegen Armut und Hunger in ländlichen Gebieten.



2006 betrug die Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2,1 Milliarden Franken, das sind 0,39 Prozent des Bruttonationaleinkommens, was eine reale Senkung von 7 Prozent im Vergleich zu 2005 bedeutet. Dieser Rückgang ist ausschliesslich auf den geringeren Betrag bei den Schuldenstreichungen zurückzuführen.

Darauf bedacht, mit den verfügbaren Ressourcen die grösstmögliche Wirkung zu erzielen, analysierte die DEZA 2006 ihr gesamtes Tätigkeitsportefeuille und strukturierte es neu. Ferner aktualisierte sie ihre Strategie 2010, um sie dem veränderten internationalen Kontext der Zusammenarbeit anzupassen.

Am 31. Mai 2006 definierte der Bundesrat die zukünftigen Prioritäten der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Sie wird entlang von drei Hauptachsen verlaufen: Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und Armutsbekämpfung, Stärkung der menschlichen Sicherheit und Beitrag an die Gestaltung einer entwicklungsförderlichen Globalisierung. Gleichzeitig ist eine Fokussierung der bilateralen Hilfe auf eine beschränkte Anzahl Länder und Themen vorgesehen.

## Multilaterale Zusammenarbeit

Die Herausforderungen im Entwicklungsbereich werden immer komplexer und stärker voneinander abhängig. Armut, Aids, Migration und Umweltzerstörung verlangen ein koordiniertes Handeln der internationalen Gemeinschaft. Zahlreiche Themen können nur über multilaterale Institutionen angegangen werden. Daher bleibt die Schweiz eng mit diesen verbunden und lässt ihnen ein Viertel ihrer APD zukommen. Sie beteiligt sich aktiv an den Fonds und Programmen der UNO, an den internationalen Finanzierungsinstitutionen – beispielsweise den multilateralen Entwicklungsbanken –, den globalen Fonds und den internationalen Netzwerken.

### Von Menschenrechten bis Aids

Die Schweiz unterstützt den Reformprozess, den die UNO zur Erhöhung der Wirksamkeit ihrer Institutionen eingeleitet hat. Sie nahm mit Interesse die Empfehlungen zur Kenntnis, die eine Experten-Gruppe nach Prüfung der Kohärenz des UNO-Systems in den Bereichen Entwicklung, humanitäre Hilfe und Umwelt im November formuliert hatte. Die UNO nahm einen ursprünglich von der Schweiz eingebrachten Vorschlag wieder auf und schuf im März 2006 den Menschenrechtsrat mit Sitz in Genf. Der institutionelle Status dieses neuen Organs stellt die Menschenrechte auf dieselbe Stufe wie die Entwicklung und die Sicherheit. 2006 hat sich die DEZA in diesem Bereich einer neuen Politik verpflichtet, die darauf abzielt, systematisch den Ansatz einer auf den Menschenrechten beruhenden Entwicklung anzuwenden, wie er von den UNO-Agenturen definiert wurde.

Ferner hat die Schweiz an den grossen Dossiers

der UNO zur Entwicklung mitgearbeitet. Am High-Level-Dialog zur Migration im September plädierte sie für Überlegungen zur Frage, wie die positiven Aspekte der Migration genutzt und die negativen Auswirkungen eingeschränkt werden könnten. Vom 31. Mai bis 2. Juni prüften die UNO-Mitgliedstaaten die Fortschritte in der Bekämpfung von Aids. Sie verpflichteten sich, ihre Bemühungen zu intensivieren und die bestehenden Finanzierungsinstrumente zu stärken, insbesondere den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. 2006 stellte die Schweiz 6 Millionen Franken für diesen Fonds bereit, 1 Million mehr als im Vorjahr. Eine parlamentarische Motion, über die im Frühjahr abgestimmt wird, fordert eine Erhöhung dieses Beitrags auf 25 Millionen pro Jahr.

### Ökologische Ungerechtigkeit

Die Umweltzerstörung stellt die Entwicklung vor eine weitere Herausforderung. Die armen Bevölkerungsschichten sind die ersten, die darunter leiden, denn sie sind für ihr Überleben stark auf die natürlichen Ressourcen angewiesen. Die Schweiz hat anlässlich des Internationalen Jahres der Wüsten und der Wüstenbildung mehrere Veranstaltungen organisiert. Sie beteiligte sich aktiv an den verschiedenen internationalen Foren, welche die Wechselwirkungen zwischen Armut und Umweltschädigungen prüften. Im Rahmen der multilateralen Entwicklungsbanken engagierte sie sich für die Ausarbeitung spezifischer Initiativen zur Klimaerwärmung und sauberen Energie. Diese waren 2005 am G8-Gipfel lanciert worden.

Die in Paris versammelten Umwelt- und Ent-





wicklungsminister der OECD-Länder versprochen, darauf hinzuwirken, dass die Anpassung an den Klimawandel in der Entwicklungshilfe stärker berücksichtigt wird. Im Mai fand eine Session der UNO-Kommission für nachhaltige Entwicklung zu Klima, nachhaltiger Energieversorgung, Luftbelastung und industrieller Entwicklung statt. Im März wurde in Mexiko das 4. Weltwasserforum organisiert. Die Schweiz unterstrich dort die immer wichtigere Rolle der lokalen Behörden bei der Wasserversorgung und der integrierten Bewirtschaftung der Ressourcen.

### Schulden und Gouvernanz

Die Multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) ist am 1. Juli 2006 in Kraft getreten. Die Geldgeber, unter ihnen auch die Schweiz, haben versprochen, zur Kompensation der Schuldentilgung zusätzliche Gelder in die Internationale Entwicklungsagentur (IDA) und in den Afrikanischen Entwicklungsfonds fließen zu lassen. Ferner sieht die MDRI Massnahmen zur Vermeidung einer neuen Überschuldung vor. In diesem Zusammenhang hat die Schweiz vorgeschlagen, die Systeme zur Qualitätskontrolle der öffentlichen Ausgaben zu verstärken.

Die gute Regierungsführung und die Korruptionsbekämpfung sind für die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung essenziell. Daran erinnerte

die Schweiz im September in Singapur anlässlich eines Treffens des Entwicklungsausschusses der Bretton Woods Institutionen. In einem Kommentar zur Antikorruptionsstrategie der Weltbank betonte sie, dass den armen Ländern geholfen werden sollte, die Strukturen ihrer Regierungsführung zu verbessern. Auch die Schweizer Zusammenarbeit bekämpft die Korruption mittels eigener Entwicklungsprogramme. Seit 2006 verfolgt die DEZA diesbezüglich eine neue Strategie.

### Doha-Runde in der Sackgasse

Im Juli 2006 vertagten die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) die Verhandlungen der «Doha-Entwicklungsrunde» auf unbestimmte Zeit. Das Hauptziel der fünf Jahre zuvor begonnenen Verhandlungen war die Förderung entwicklungs-günstiger multilateraler Handelsregeln. Gescheitert sind sie an Hindernissen im Agrarbereich. Die reichen Länder konnten sich weder auf eine Reduktion ihrer Agrarsubventionen noch auf die Öffnung ihrer Märkte – ohne Gegenleistung – für Güter und Dienstleistungen aus dem Süden einigen. Die Schweiz bedauerte das Scheitern der Verhandlungen. Sie hat aber ihre Bemühungen zur Stärkung der Kohärenz zwischen Entwicklung und Handel fortgesetzt.

## Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

2006 konzentrierte sich die bilaterale Hilfe der DEZA auf 17 Schwerpunktländer oder -regionen und acht Spezialprogramme. Auf eine optimale Nutzung der verfügbaren Ressourcen bedacht, beschloss sie eine noch stärkere Konzentration ihres Portefeuilles. Bis 2010 wird die Zahl der Schwerpunktländer auf 14 verringert. Die Schweiz wird sich aus Ecuador zurückziehen und ihr Engagement in Bhutan verringern. Ihre Zusammenarbeit mit Indien wird in Form eines «Partnerschaftsprogramms» mit reduziertem Budget weitergeführt. Ferner werden sich die Aktivitäten auf zehn Schwerpunktthemen beschränken. Genderfragen und das Thema Regierungsführung werden transversal angegangen.

Die Geldgeber, unter ihnen auch die DEZA, haben mit der Umsetzung der im Jahr 2005 ver-

abschiedeten Deklaration von Paris begonnen, die sie zur Harmonisierung ihrer Verfahren und deren Abstimmung auf die Prioritäten der Empfängerländer verpflichtet. 2006 nahmen zehn Kooperationsbüros an einer ersten internationalen Untersuchung vor Ort teil. Die DEZA hat sich intern mit den konkreten Auswirkungen dieser internationalen Vereinbarung auf ihre Programme befasst.

### Afrika südlich der Sahara

Die anhaltende Armut in Afrika hat in der Schweiz zahlreiche Fragen zum Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit aufgeworfen. Die DEZA hat ihre Arbeit erläutert und die Wirkung der Entwicklungshilfe aufgezeigt. In Zusammenarbeit mit dem SECO hat sie die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf diesem Kontinent einer Bilanz unterzogen.

Im westlichen Afrika zielt die Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses auf die Errichtung eines bürgernahen Lokalstaates ab. Ein 2006 lanciertes Forschungs- und Aktionsprogramm soll zur Reform des öffentlichen Dienstes beitragen. Parallel dazu hat die DEZA einen regionalen Ansatz geplant. Sie möchte den sozioberuflichen Basisorganisationen helfen, sich bei den zwischenstaatlichen Institutionen besser Gehör zu verschaffen.

In Mosambik setzt sich die Schweiz stark für die Harmonisierungsmechanismen ein, in die 18 Geber einbezogen sind. 2006 beschloss sie, den Programmschwerpunkt auf die lokale Regierungsführung, die wirtschaftliche Entwicklung und das Gesundheitswesen zu legen. Jetzt, da sich die Situation in der Region der Grossen Seen beruhigt hat, kann das Spezialprogramm für Ruanda auf die Region ausgeweitet werden. 2006 wurden Aktivitäten in Burundi aufgenommen. Der regionale Ansatz wurde im südlichen Afrika konsolidiert. Nach guten Resultaten in Südafrika wird ein Projekt in vier weiteren Ländern umgesetzt. Es zielt darauf ab, den ländlichen Schulen die zur Bewältigung der Aids-Problematik notwendigen Informationen und Instrumente zu vermitteln. Die Pandemie bleibt eine der grössten Bedrohungen für die Nachhaltigkeit der Entwicklungsbestrebungen in dieser Region.

### Mittlerer Osten und Nordafrika

Während die DEZA in Algerien und Marokko punktuelle Projekte abschliessen konnte, begann sie 2006 mit der Ausarbeitung eines Partnerschaftsprogramms zugunsten des Maghreb. Die Tätigkeiten werden sich auf die Regierungsführung und die Umwelt konzentrieren. Diese Themen bestimmten auch das Spezialprogramm, das im Maschrek (Jordanien, Syrien, Libanon) in Vorbereitung ist. Die Schweiz hat beschlossen, dem Forum for the Future beizutreten, einer von der G8 lancierten internationalen Plattform zur Förderung des Dialogs zwischen den arabischen Ländern und dem Westen. Ihr Beitrag wird von der DEZA und der politischen Abteilung IV des EDA finanziert.

### Lateinamerika

In den zahlreichen Volksabstimmungen, die seit Ende 2005 in Lateinamerika stattgefunden haben, äusserte die Wählerschaft den Wunsch nach einer Änderung und ihre Unzufriedenheit mit der Entwicklungspolitik. Damit werden neue Ansprüche an die Zusammenarbeit gestellt. Die Schweiz wird ihnen in ihren Strategien für Zentralamerika, Bolivien und Peru Rechnung tragen. In allen Schwerpunktländern hat die DEZA die Berufsbildungsprogramme auf die ländlichen Gebiete ausgedehnt. Bis anhin hatte sie diese Tätigkeit auf urbane und semi-urbane Gebiete beschränkt. In Nicaragua unterstützen die Schweiz und weitere Geber seit 2006 ein nationales ländliches Entwicklungsprogramm, das insbesondere die Exportförderung und die Stärkung der Ernährungssicherheit bezweckt. 2006 war die DEZA für die Koordination der Geldgeber zuständig.

### Asien

In Ostasien konzentrieren sich die Programme auf zwei Schwerpunktbereiche: Regierungsführung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Die Schweiz hat in Laos ein Verbindungsbüro eröffnet, wo sie ihre Aktivitäten zu verstärken gedenkt. In Nepal hat sie die Verhandlungen begleitet, die zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen der Regierung und der kommunistisch-maoistischen Partei geführt haben. Das System der Anlaufstellen «One Stop Shops», das in Vietnam sehr erfolgreich ist, wird auch in der Mongolei und in Bhutan eingeführt. Ferner wurden auch für Süd-asien zwei Schwerpunkthemen festgelegt: Regierungsführung und Verbesserung der Lebensbedingungen. In dieser Region gehören sexuelle und soziale Diskriminierungen nach wie vor zu den heikelsten Problemen. Die DEZA wird denn auch darauf achten, dass ihre Projekte systematisch dem Ansatz einer auf den Menschenrechten beruhenden Entwicklung folgen.



### Beispiel: Beitrag zur Ernährungssicherheit in Laos

Am 10. November 2006 überreichte die laotische Regierung der DEZA den «Friendship Award» als Dank für ihren wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Landes, insbesondere im Agrarbereich. Seit 1990 unterstützt die DEZA ein nationales Forschungs- und Ausbildungsprojekt, das in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Reisforschungsinstitut (IRRI) verwirklicht wird. Die Forscher konnten ertragreichere und widerstandsfähigere Reissorten entwickeln. Die Bauern ihrerseits haben neue Anbautechniken erlernt. Dank des Know-hows und verbesserten Saatguts konnten sie den Ertrag pro Hektar deutlich steigern. Innerhalb von 16 Jahren erhöhte Laos seine Reisproduktion um 70 Prozent.





## Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

Seit dem Ende des Kalten Krieges unterstützt die Schweiz die strukturellen Reformen in den Ländern Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Acht von ihnen haben den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft beendet und sind 2004 der Europäischen Union (EU) beigetreten. Der Bundesrat hat damals beschlossen – vorbehaltlich der Genehmigung durch das Parlament – zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der erweiterten EU beizutragen. Dieses Projekt führte 2006 zu einer breiten öffentlichen Debatte.

Im März genehmigte das Parlament das neue Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (BG Ost). Es bildet die Rechtsgrundlage für die beiden Instrumente des Schweizer Engagements im Osten des Kontinents: Das Gesetz ermöglicht die Verlängerung der auf einem zeitlich limitierten Bundesbeschluss beruhenden herkömmlichen Transitionshilfe um zehn Jahre und bewilligt den Beitrag an die Erweiterung der EU. Das mit einem Referendum bekämpfte BG Ost wurde am 26. November 2006 vom Souverän angenommen. Auf dieser Grundlage liess der Bundesrat dem Parlament im Dezember zwei Botschaften zukommen und schlug zwei Rahmenkredite vor: eine vierjährige Transitionshilfe von 650 Millionen Franken und einen Kredit von 1 Milliarde Franken für fünf Jahre für die Zusammenarbeit mit den neuen EU-Mitgliedstaaten.

In einem Memorandum of Understanding haben die Schweiz und die EU im Februar 2006 die Modalitäten des Erweiterungsbeitrags geregelt. Rund 80 Prozent der Ressourcen werden nach Polen, Ungarn, in die Slowakei und in die tschechische Republik fliessen. Die neuen Programme werden wie bei der herkömmlichen

Zusammenarbeit von der DEZA und vom SECO umgesetzt.

### Unvollendete Transition

Mehrere Länder Osteuropas sind noch weit von der Vollendung ihrer Reformprozesse entfernt. Gegenwärtig konzentriert die Schweiz ihre Transitionshilfe auf die Westbalkanländer und gewisse GUS-Staaten, insbesondere in Zentralasien und im Südkaukasus. 2006 begannen die DEZA und das SECO sich aus Rumänien und Bulgarien zurückzuziehen, die Anfang 2007 der EU beigetreten sind. Die Projekte werden nach und nach den Lokalpartnern übertragen.

Die beiden Ämter haben ihre Zusammenarbeitstrategie in Zentralasien neu ausgerichtet; sie werden sich auf eine beschränkte Anzahl Themen konzentrieren. In Kirgisistan hat die DEZA mit anderen Gebern beschlossen, eine Budgethilfe für das Gesundheitswesen zu gewähren. In der Ukraine wurde ihr Programm auf den Strafvollzug ausgedehnt mit dem Ziel, die Haftbedingungen zu verbessern. Im Südkaukasus zielen mehrere Projekte darauf ab, das Einkommen der Landbevölkerung zu erhöhen, durch die Förderung ihrer Integration in die Marktmechanismen.

### Die Balkanländer im Wandel

Ein schweizerisches Programm für Rückkehrhilfe wurde wie vorgesehen im Jahr 2006 abgeschlossen. Vom Bundesamt für Migration finanziert, ermöglichte es die Wiedereingliederung vulnerabler Personen aus den Balkanländern. Die DEZA gewährte den Gemeinden, welche die repatriierten Flüchtlinge aufnahmen, bedeutende Strukturhilfe.

Das zukünftige Statut des Kosovo war Gegenstand schwieriger Verhandlungen. In der von der

### Beispiel: Gesundheitsförderung in kirgisischen Dörfern

Seit der Unabhängigkeit Kirgisistans hat die Verschlechterung der Infrastrukturen und der ärztlichen Versorgung zu einem Neuanstieg der Krankheiten Anämie, Tuberkulose und Brucellose geführt. Mit der Unterstützung der DEZA hat die Landbevölkerung in zwei Provinzen selber Massnahmen zur Förderung ihrer Gesundheit ergriffen. Dorfkomitees führen Kampagnen zur Prävention der häufigsten Erkrankungen durch. Sobald sie die nötigen Kenntnisse erworben haben, begeben sich Freiwillige von Haus zu Haus und sensibilisieren die Bewohnerinnen und Bewohner für eine bessere Gesundheitspflege. Vor kurzem haben sich amerikanische und schwedische Hilfsorganisationen der Schweiz angeschlossen, um dieses Modell auf das ganze Land auszudehnen.



UNO verwalteten Provinz tragen mehrere Programme zur Verbesserung der lokalen Regierungsführung bei. Die DEZA hat ihre Unterstützung für die Kosovo Property Agency erneuert. Diese 2001 von der UNO gegründete Instanz bemüht sich ebenfalls seit 2006, die kriegsbedingten Streitigkeiten um Immobilien- und Landbesitz zu schlichten. Ein Projekt des SECO zielt auf eine Verringerung des Trinkwassermangels in zwei Städten im südöstlichen Kosovo ab. 2006 wurden die Arbeiten in Angriff genommen, um die anhand geologischer Studien lokalisierten neuen Quellen an das Wasserversorgungsnetz anzuschliessen. In Serbien setzt sich die DEZA für eine Stärkung der kommunalen Strukturen ein. So hat sie sich an der Ausarbeitung eines Dokuments zum Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsprozesse der Gemeinden beteiligt.

## Zehn Jahre Zusammenarbeit

Verschiedene Anlässe kennzeichneten den zehnten Jahrestag der Zusammenarbeit der Schweiz mit Bosnien-Herzegowina. In diesem Rahmen beteiligten sich Fachpersonen an einem runden Tisch zu den wirtschaftlichen Reformen und der sozialen Entwicklung. Die Schweiz begleitet den Annäherungsprozess Bosniens an die europäischen Strukturen. 2006 errichtete sie eine Plattform zur Förderung des Einbezugs der Zivilgesellschaft in die Verfassungsdiskussion. Ferner lancierte die DEZA ein Programm für den Kapazitätsaufbau der Gemeinden im Wasserversorgungssektor, der kürzlich dezentralisiert wurde. Ergänzend dazu engagiert sich das SECO für die Instandsetzung der Wasserversorgung in der Gemeinde Prijedor. Es finanziert zudem eine Ausbildung in Unternehmensführung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Banken.

# Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO setzt die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen um. Sie haben ein nachhaltiges Wachstum und die Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft zum Ziel. Um dies zu erreichen, stehen dem SECO vier Instrumente zur Verfügung: die Handels- und Investitionsförderung, die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Finanzierung von Basisinfrastrukturen. Die gute Regierungsführung und die Mobilisierung von privaten Geldern sind zwei wichtige Grundsätze seiner Zusammenarbeit.

2006 verringerte das SECO die Anzahl seiner Schwerpunktländer von 26 auf 22. Russland, China und Indien wurden von der Liste gestrichen, dies angesichts ihrer beständigen Entwicklung und der begrenzten Wirkung, die ein kleines Geberland in Ländern dieser Grösse haben kann. Das SECO wird sich auch aus Usbekistan zurückziehen, wo die gute Verwendung der Ressourcen wegen schwerer Gouvernanzprobleme nicht mehr garantiert werden kann. Die Projekte in diesen Ländern werden nach und nach abgeschlossen.

## Weiterhin Zollpräferenzen

Das Jahr 2006 war in der Schweiz von der Erneuerung der Rechtsgrundlage für die Gewährung von Zollpräferenzen zugunsten der Entwick-

lungsländer geprägt. Das erweiterte System basiert auf einem Bundesbeschluss, der bis im Februar 2007 gültig war. In einer Botschaft an das Parlament schlug der Bundesrat vor, dieses für die Entwicklungszusammenarbeit wichtige Instrument beizubehalten und den Beschluss in ein unbefristetes Gesetz umzuwandeln. Die beiden Kammern folgten diesem Vorschlag und hiessen im Oktober 2006 das Bundesgesetz über die Gewährung von Zollpräferenzen gut. Das Gesetz wird der Schweiz ausserdem erlauben, den Verpflichtungen nachzukommen, die sie im Rahmen der Welthandelsorganisation eingegangen ist: An der Ministerkonferenz in Hongkong im Jahr 2005 hatten die reichen Länder beschlossen, den am wenigsten entwickelten Ländern für 97 Prozent der Tariflinien zoll- und kontingentfreien Marktzugang zu gewähren.

## Kapital für die KMU

Viele KMU in Entwicklungs- und Transitionsländern haben keinen Zugang zu den Kapitalmärkten. Das SECO investiert in die Risikokapitalfonds, die ihnen langfristiges Kapital bieten. Die Sifem AG (Swiss Investment Fund for Emerging Markets) ist beauftragt, sein Portefeuille zu verwalten und neue Investitionsmöglichkeiten zu suchen. 2006 wurden sieben neue Beteiligungen im Gesamtbetrag von 62 Millionen Franken gut geheissen.





Neben einem Beitrag an einen Schuldenfonds für die Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten fanden zwei Geschäfte im Balkan, zwei in Afrika, eines in Zentralamerika und eines in Asien statt. Mehrere dieser Investitionen der Sifem erfolgten in Partnerschaft mit lokalen Banken und mobilisierten dadurch Privatgelder als Kapital für die KMU. Diese sieben Projekte erhöhen das Portefeuille auf fast 300 Millionen Franken, die in rund 30 Finanzintermediäre investiert werden.

### Evaluation der Budgethilfe

Zur Unterstützung der nationalen Entwicklungsstrategien in seinen Partnerländern bedient sich das SECO insbesondere des relativ neuen Instruments der allgemeinen Budgethilfe. 2006 profitierten fünf Länder davon: Nicaragua, Burkina Faso, Tansania, Mosambik und Ghana. In drei dieser Länder hatte die Schweiz das Präsidium der Gebergruppen inne. Auf Initiative des Entwicklungshilfeausschusses der OECD haben unabhängige Fachleute die Budgethilfe evaluiert und sich dabei auf die Erfahrungen in sieben Ländern gestützt. Die Schweiz hat sich an der ersten Evalu-

ation dieser Art beteiligt, ihr Ergebnis fiel gesamthaft positiv aus. Wird die klassische Hilfe mit einer Budgethilfe ergänzt, kann die Effizienz der Zusammenarbeitsprogramme verbessert werden. Im Juni organisierte das SECO in Bern ein internationales Symposium zu den Chancen und Risiken dieses Instruments.

### Trinkwasser und Energie

2006 baute das SECO im Infrastrukturbereich sein Programm in den Bereichen Wasser und Elektrizität aus. Es erarbeitete insbesondere ein Projekt zugunsten mehrerer Städte in Nicaragua. In Zusammenarbeit mit multilateralen Partnern sind Massnahmen geplant zur Instandsetzung der Trinkwasserversorgung, zur Siedlungshygiene und zur Neustrukturierung der nationalen Versorgungsgesellschaft. Ein weiteres Projekt betrifft den Energiesektor in Tadschikistan: Die Schweiz hat beschlossen, mit der Weltbank zusammenzuarbeiten, um die Wirksamkeit des nationalen Energieversorgers zu verbessern und dessen Verluste zu verringern.

## Humanitäre Hilfe

Die Humanitäre Hilfe des Bundes hat die Aufgabe, bei Krisen, Kriegen und Katastrophen Leben zu retten und Not zu lindern. Sie ist unparteiisch und unbeding und umfasst vier Einsatzbereiche: Prävention und Vorsorge, Nothilfe, Wiederaufbau und Anwaltschaft für die Opfer. Mit einem Drittel ihres Budgets finanziert sie bilaterale Einsätze, zwei Drittel sind für die Unterstützung multilateraler humanitärer Organisationen, insbesondere für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und für fünf Organisationen der UNO bestimmt.

Diese Aktivitäten werden mit einem Rahmen-

kredit von 1,5 Milliarden Franken finanziert, der Mitte 2007 ausläuft. Im November 2006 beantragte der Bundesrat beim Parlament einen neuen Rahmenkredit in gleichem Umfang, um die humanitäre Hilfe während mindestens vier Jahren weiterführen zu können. In seiner Botschaft beschreibt er die aktuellen Herausforderungen, die ebenso komplex wie vielfältig sind, und definiert die Einsatzbereiche der Schweiz in den nächsten Jahren. 2006 kamen die Humanitäre Hilfe und das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) in 52 Ländern zum Einsatz.

### Beispiel: Initiative zur Stärkung des Finanzsektors

Zur Verhinderung von Finanzkrisen entwickelten der Internationale Währungsfonds und die Weltbank 1999 das Financial Sector Assessment Program: Fachleute ermitteln die Schwachstellen der Mitgliedsländer und formulieren Empfehlungen. 2002 beteiligte sich das SECO an der Einführung der FIRST-Initiative (Financial Sector Reform and Strengthening Initiative). Sie bietet den Ländern mit schwachen und mittleren Einkommen die notwendige technische Hilfe zur besseren Überwachung und Regelung ihrer Finanzmärkte. Rund 220 Projekte sind bereits verwirklicht worden. Die Universität St. Gallen hat dieses Portefeuille im Jahr 2006 evaluiert und dessen Wirksamkeit und Effizienz bestätigt.

## Nahost-Krise

Im Libanon war der Einsatz am intensivsten. Seit Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hisbollah im Juli wurden rund 40 Fachleute des SKH vor Ort entsandt. Sie organisierten die Rückführung von 921 Schweizer Staatsangehörigen. Insbesondere durch die Vermittlung des IKRK leisteten sie Nothilfe an die in der Region von Beirut vertriebene Bevölkerung. Im September, kurz nach dem Waffenstillstand und der Geberkonferenz in Stockholm, gewährte der Bundesrat einen Nachtragskredit von 20 Millionen Franken zugunsten der vom Nahost-Konflikt betroffenen Menschen. Im Libanon wurde dieser Beitrag in diverse Projekte investiert: Instandstellung von Schulen, Umweltschutzmassnahmen und Unterstützung der Palästina-Flüchtlinge. Das Programm «Zurück in die Dörfer» ermöglichte die Wiederherstellung von sicheren Lebensgrundlagen in mehreren südlibanesischen Ortschaften. Die Schweiz beteiligte sich zudem an der Räumung der nicht explodierten Sprengkörper aus Streubomben, die von der israelischen Armee abgeworfen worden waren. Im besetzten palästinensischen Gebiet diente der Nachtragskredit der Stärkung der Programme der Schweizer Partner und der Unterstützung des Palästinensischen Roten Halbmonds. Über internationale Organisationen verteidigte die DEZA die Rechte der Opfer dieser Krise.

Anwaltschaften waren auch in weiteren Regionen der Welt nötig. In Darfur intervenierte die Schweiz für diejenigen Sudanesen, die sich selbst überlassen sind, weil die Feindseligkeiten und das Banditenwesen den Zugang zu den Hilfeleistungen behindern. Ausserdem setzt sie sich weiterhin für die Frauen und Mädchen ein, die in der afrikanischen Region der Grossen Seen Opfer sexueller Gewalt sind.

## Ein Neubeginn

In mehreren Ländern, die von Naturkatastrophen heimgesucht wurden, war 2006 das Jahr des Wiederaufbaus. In Pakistan, wo das Erdbeben im

Jahr 2005 3,3 Millionen Obdachlose hinterliess, finanziert die Schweiz den Bau von Schulen und Gesundheitsposten. Sie gewährt technische Hilfe für den Bau erdbebensicherer Gebäude und bemüht sich um die Wiederherstellung der Existenzgrundlagen von über 10 000 Bauernfamilien.

In den vom Tsunami verwüsteten Regionen ist der Wiederaufbau voll im Gang. In Sri Lanka setzen die DEZA und drei Schweizer Hilfsorganisationen ein Programm um, das auf der Bezahlung von Barbeträgen an die betroffenen Familien beruht. Bis heute konnten so rund 8500 Häuser wieder aufgebaut oder repariert werden. In Banda Aceh (Indonesien) wirkten Schweizer Fachleute an der Instandsetzung einer Wasseraufbereitungsanlage mit. In Thailand ist der Wiederaufbau von drei Fischerdörfern praktisch abgeschlossen.

## Integriertes Risikomanagement

Das Jahr 2006 war reich an Aktivitäten im Bereich der Prävention und Vorsorge. Mit Unterstützung der Schweiz fand Ende August in Davos eine internationale Konferenz zur Katastrophenprävention statt. Sie erinnerte daran, dass das Risikomanagement auf einem integrierten und multidisziplinären Ansatz beruhen muss.

Fachleute aus der Schweiz standen in Marokko zur Verfügung, um bei der Verstärkung der Präventionsmechanismen behilflich zu sein. Im Kongo soll ein Überwachungs- und Risikomanagementsystem der Bevölkerung von Goma helfen, sich gegen die Eruptionen des Vulkans Nyiragongo zu schützen. In fünf Quartieren Teherans wurde ein Modell aus der Türkei übernommen. 2600 ehrenamtliche Rettungskräfte sind von nun an bereit, bei einem Erdbeben in ihrer Nachbarschaft zu intervenieren. Da in Lateinamerika keine grössere Katastrophe zu verzeichnen war, konnte sich die Schweiz dort auf ihre Wiederaufbau- und Risikoverminderungsprogramme konzentrieren.



## Beispiel: Zertifizierte Retterinnen und Retter

Bei Katastrophen ist es wichtig, dass die Rettungsaktionen schnell, koordiniert und professionell erfolgen. Die International Search and Rescue Advisory Group (INSARAG) bemüht sich um eine Verbesserung der Effizienz der Operationen und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren. Dieses Netzwerk, dem über 80 Länder angeschlossen sind, wird von der UNO verwaltet und seit seiner Gründung im Jahr 1991 von der Schweiz präsiert. Soeben hat es Richtlinien zu Händen der Such- und Bergungsteams in Städten verfasst. Diese Teams müssen Minimalanforderungen in den Bereichen Schulung, Ausrüstung und Vorgehensweise erfüllen. Ein Pool von Fachleuten ist damit beauftragt, sie zu beurteilen und ihre Qualität zu zertifizieren.



# Statistiken 2006

## Definition

Der Begriff der **Öffentlichen Entwicklungshilfe (APD)** umfasst definitionsgemäss alle Finanzströme an Entwicklungsländer und -regionen sowie an die im Bereich der Entwicklungshilfe tätigen multilateralen Organisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen und (iii) zu Vorzugskonditionen (Schenkungen und Darlehen zu günstigen Konditionen) gewährt werden.

## Berechnung der APD

Die **Liste der Empfängerländer** der Hilfe, vom Entwicklungshilfesausschuss (DAC) der OECD 1969 erstellt, wurde von diesem kontinuierlich überarbeitet, um den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. 1993 wurde die Liste in zwei Teile aufgeteilt: Teil I: «traditionelle» Entwicklungsländer, Nutzniesser der APD und Teil II: Entwicklungsländer und osteuropäische Länder «in Transition», Nutzniesser der öffentlichen Hilfe (AP). 2005 beschloss der DAC, Teil II zu streichen und nur noch eine APD-Liste zu führen, die alle Länder mit geringem und mittlerem Einkommen umfasst, zurzeit 152 Entwicklungsländer und -regionen, mit Ausnahme der G8-Länder und der 25 Mitglieder und 2 Aufnahmekandidaten 2007 der Europäischen Union.

Um die Vergleichbarkeit und Transparenz der APD-Leistungen sicherzustellen, hat der DAC umfassende **statistische Richtlinien** ausgearbeitet, welche die Berechnungsgrundlagen der Mitgliedsländer regeln. Die Schweiz richtet die Berechnung ihrer APD nach der Mehrheit der DAC-Geberländer. Zu diesem Zweck hat sie in den letzten Jahren einige statistische Anpassungen vorgenommen wie den Miteinbezug des Nominalwertes der bilateralen Entschuldungsmassnahmen, die den Entwicklungsländern im Rahmen des Pariser Klubs gewährt werden (seit 2003), der Kosten für Asylbewerber aus Entwicklungsländern während ihres ersten Jahres in der Schweiz (seit 2004), oder auch der Kosten für militärisches Material, das der DEZA für humanitäre Zwecke zur Verfügung gestellt wurde (seit 2005).

## Zusammensetzung der APD der Schweiz

**Institutionell** gesehen umfasst die Schweizer APD im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des SECO (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – WE). Weitere Bundesämter sowie 25 Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz (siehe Tabelle 1).

Die **totalen Ausgaben der DEZA und des SECO (WE)** sind im unten stehenden Kasten aufgeführt. Ein Teil dieser Ausgaben erfolgt zugunsten von Ländern, die nicht zu den Entwicklungsländern zählen und kann somit nicht zur APD gerechnet werden.

Ausgaben DEZA/SECO im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit 2006 (Mio. Fr.)	DEZA		SECO (WE)	
	APD	nicht APD	APD	nicht APD
<b>Humanitäre Hilfe</b>	<b>295.0</b>	<b>6.5</b>	–	–
bilateral	267.3	6.5	–	–
multilateral	27.7	–	–	–
<b>Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>962.1</b>	<b>2.7</b>	<b>153.7</b>	–
bilateral	562.8	2.7	149.8	–
multilateral	399.3	–	3.9	–
<b>Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS</b>	<b>91.1</b>	<b>17.5</b>	<b>60.1</b>	<b>19.4</b>
<b>Total Ausgaben DEZA/SECO</b>	<b>1'348.2</b>	<b>26.7</b>	<b>213.7</b>	<b>19.4</b>

Anmerkung: Das oben erwähnte Total der Ausgaben der DEZA (1'374.9 Mio. Fr.) ist höher als die effektiven Ausgaben und als der in den Zahlen des Bundes aufgeführte Betrag (1'329.8 Mio. Fr.). Diese Differenz von 45.1 Mio. Fr. ist darauf zurückzuführen, dass die Statistiken auf Basis der «Schuldverschreibungen» (Sichtwechsel) und nicht aufgrund der effektiven Auszahlung erstellt werden.

## Verwendete Zeichen:

- p = provisorisch
- 0.0 = Betrag ist kleiner als die Einheit
- = Betrag ist null
- .. = keine Angaben

Detaillierteres Zahlenmaterial publiziert die DEZA jährlich in der statistischen Broschüre «Aide au développement de la Suisse» und auf ihrer Internetseite

[www.deza.admin.ch/de/Home/Die\\_DEZA/Zahlen\\_und\\_Fakten](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten)

[www.deza.admin.ch/de/Home/Laender](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Laender)

[www.deza.admin.ch/de/Home/Aktivitaeten/Ostzusammenarbeit/Zahlen\\_und\\_Fakten](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Aktivitaeten/Ostzusammenarbeit/Zahlen_und_Fakten)

**Tabelle 1**  
**Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2006 (Mio. Fr.)**

	2006			2005		
	APD bilateral	APD multi-lateral	Total APD	APD bilateral	APD multi-lateral	Total APD
<b>Bund</b>	<b>1'537.8</b>	<b>491.8</b>	<b>2'029.6</b>	<b>1'711.0</b>	<b>456.7</b>	<b>2'167.7</b>
<b>Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)</b>	<b>921.2</b>	<b>427.0</b>	<b>1'348.2</b>	<b>915.7</b>	<b>391.3</b>	<b>1'307.0</b>
Humanitäre Hilfe	267.3	27.7	295.0	271.2	25.6	296.8
Entwicklungszusammenarbeit	562.8	399.3	962.1	561.7	365.7	927.4
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	91.1	–	91.1	82.8	–	82.8
<b>Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)</b>	<b>319.2</b>	<b>6.7</b>	<b>325.9</b>	<b>488.1</b>	<b>6.4</b>	<b>494.5</b>
Entwicklungszusammenarbeit	136.4	6.7	143.1	141.8	6.4	148.3
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	60.1	–	60.1	67.7	–	67.7
Entschuldungsmassnahmen (Pariser Klub)	122.7	–	122.7	278.6	–	278.6
<b>Bundesamt für Migration (BFM)</b>	<b>179.7</b>	<b>–</b>	<b>179.7</b>	<b>178.7</b>	<b>–</b>	<b>178.7</b>
Rückkehrhilfe	13.8	–	13.8	17.6	–	17.6
Hilfe an Asylbewerber in der Schweiz	165.9	–	165.9	161.1	–	161.1
<b>Politische Abteilung IV und Direktion für Völkerrecht (EDA)</b>	<b>45.3</b>	<b>4.0</b>	<b>49.3</b>	<b>44.5</b>	<b>4.0</b>	<b>48.5</b>
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte	45.3	4.0	49.3	44.5	4.0	48.5
<b>Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)</b>	<b>57.1</b>	<b>4.0</b>	<b>61.1</b>	<b>62.7</b>	<b>4.0</b>	<b>66.7</b>
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit	41.0	4.0	45.0	40.0	4.0	44.0
Ausrüstung zu humanitären Zwecken	16.2	–	16.2	22.7	–	22.7
<b>Andere Bundesämter</b>	<b>15.2</b>	<b>50.2</b>	<b>65.4</b>	<b>21.2</b>	<b>51.0</b>	<b>72.2</b>
<b>Kantone und Gemeinden</b>	<b>33.4<sup>P</sup></b>	<b>–</b>	<b>33.4<sup>P</sup></b>	<b>39.5</b>	<b>–</b>	<b>39.5</b>
<b>Total</b>	<b>1'571.2</b>	<b>491.8</b>	<b>2'063.0</b>	<b>1'750.5</b>	<b>456.7</b>	<b>2'207.2</b>
APD in % des BNE			<b>0.39%</b>			<b>0.44%</b>

2006 hat die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz im Vergleich zu 2005 abgenommen und beträgt 0.39 % des Bruttonationaleinkommens (BNE), 2005 0.44 %. Die APD belief sich auf 2'063 Millionen Franken, was einer Abnahme von 7 % im Vergleich zu 2005 entspricht. Diese Abnahme ist auf die geringeren Aufwendungen für die Entschuldungsmassnahmen zurückzuführen.

Die Aufteilung nach Hilfskategorien wurde erneut von den Veränderungen bei den Entschuldungsmassnahmen beeinflusst. Der APD-Anteil der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und des SECO stieg auf 54 % (2005 49 %), während die humanitäre Hilfe und die Zusammenarbeit mit Osteuropa bei einem Anteil von 14 % resp. 7 % blieben. Die Beiträge aus anderen Bundesämtern, Kantonen und Gemeinden, inkl. die statistischen Anpassungen, machen 25 % des Totals aus (2005 30 %).

**Grafik 1**  
**Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz nach Hilfskategorien 1996–2006 (Mio. Fr.)**

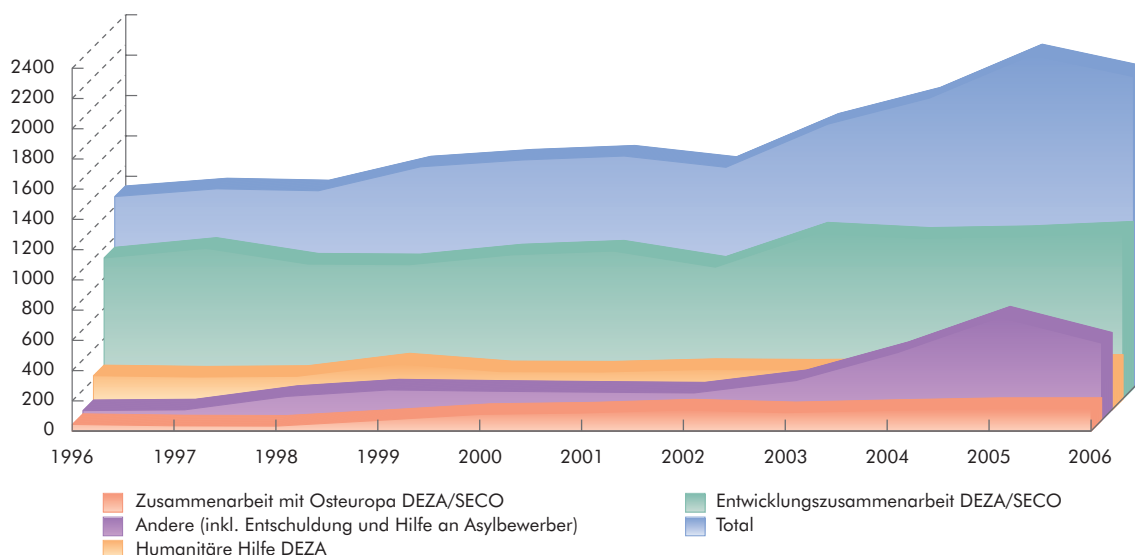


Tabelle 2

Entwicklung der APD und privaten Spenden der NGOs 1960-2006 (Mio. Fr.)

	1960	1970	1980	1990	2000	2002	2003	2004	2005	2006
<b>APD</b>	<b>15.1</b>	<b>130.0</b>	<b>423.1</b>	<b>1'041.4</b>	<b>1'510.9</b>	<b>1'462.4</b>	<b>1'748.0</b>	<b>1'921.1</b>	<b>2'207.2</b>	<b>2'063.0</b>
BNE <sup>a)</sup>	37'066	92'570	177'270	326'102	450'327	445'721	468'908	483'152	500'927	527'699
<b>APD in % des BNE</b>	<b>0.04 %</b>	<b>0.14 %</b>	<b>0.24 %</b>	<b>0.32 %</b>	<b>0.34 %</b>	<b>0.33 %</b>	<b>0.37 %</b>	<b>0.40 %</b>	<b>0.44 %</b>	<b>0.39 %</b>
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.58%	1.63%	2.38%	3.29%	3.13%	2.82%	3.41%	3.65%	4.20%	3.84%
APD in % der öffentlichen Ausgaben	..	0.64%	0.89%	1.20%	1.22%	1.09%	1.29%	1.39%	1.57%	1.46%
<b>Private Spenden der NGOs</b>	..	<b>50.8</b>	<b>106.6</b>	<b>148.6</b>	<b>272.0</b>	<b>298.2</b>	<b>339.8</b>	<b>321.9</b>	<b>413.6</b>	..
<b>Private Spenden der NGOs in % des BNE</b>	..	<b>0.05 %</b>	<b>0.06 %</b>	<b>0.05 %</b>	<b>0.06 %</b>	<b>0.07 %</b>	<b>0.07 %</b>	<b>0.07 %</b>	<b>0.08 %</b>	..

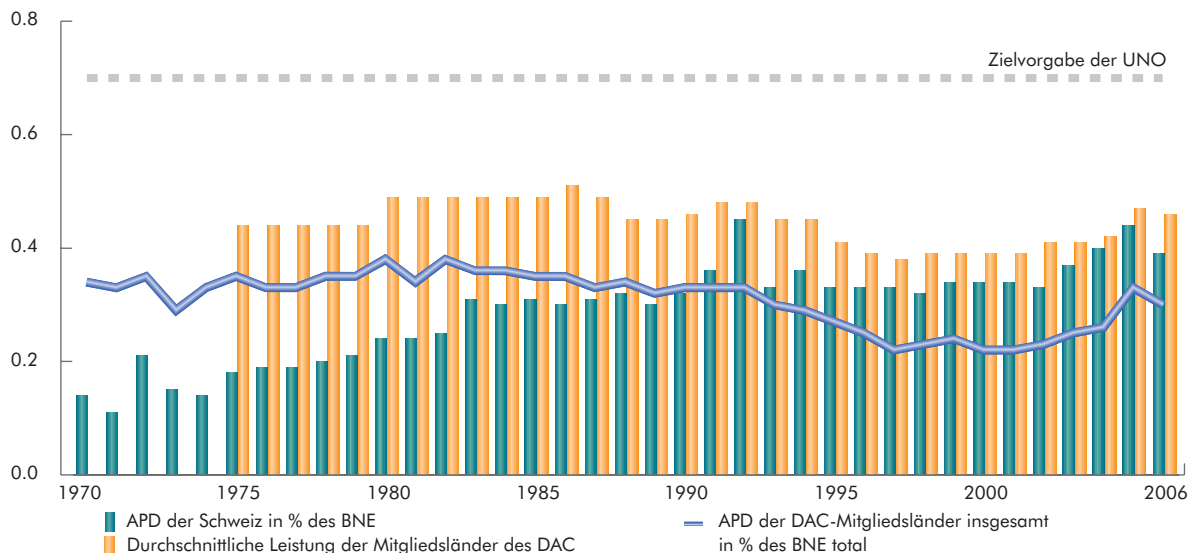
a) BNE seit 1995, BSP für die früheren Jahre. Bis 2003 definitive Zahlen, provisorische für 2004 und 2005 (Bundesamt für Statistik). Für 2006 Schätzung der Eidgenössischen Finanzverwaltung (Januar 2007)

Gemessen in Prozenten des Bruttonationaleinkommens (BNE) hat die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz bis 1990 regelmässig zugenommen und sich in den letzten 10 Jahren um 0.34 % stabilisiert. Ab 2003 hat sich das Wachstum der APD stark beschleunigt, in erster Linie aufgrund der statistischen Anpassungen, und erreichte 2005 noch nie dagewesene 0.44 %. 2006 fiel sie auf 0.39 % zurück. Diese schnelle und unregelmässige Entwicklung geht auf die statistischen Anpassungen zurück, die 2003 eingeführt wurden (Einbezug der Entschuldungsmassnahmen ab 2003, der Asylbewerber ab 2004).

Die private Hilfe der Schweiz an Entwicklungsländer, bestehend aus den Beiträgen der Hilfswerke und anderer gemeinnütziger Nichtregierungsorganisationen, hat seit 2000 zugenommen, von 0.06 % auf 0.08 % des BNE im Jahr 2005. Die Nettoprivatspenden der NGOs, zu einem grossen Teil direkt bei der Bevölkerung gesammelt (ohne die Beiträge des öffentlichen Sektors an die Programme und Projekte dieser Organisationen) betragen 2005 55 Franken pro Einwohner. Damit steht die Schweizer Bevölkerung an zweiter Stelle der DAC-Mitgliedsländer.

Grafik 2

APD in % des BNE der Schweiz und der Mitgliedsländer des DAC 1970-2006



Zum ersten Mal seit 1997 ging die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Mitgliedsländer des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD real um 5.1 % zurück auf 103.9 Milliarden US-\$, das entspricht 0.30 % des globalen Bruttonationaleinkommens (BNE) der DAC-Länder, im Vergleich zu 0.33 % im Jahr 2005. Von diesem Total wurden 19 Milliarden US-\$ für umfangreiche Entschuldungsmassnahmen aufgewendet. Zusammen betrug die Leistung der DAC-Länder (Durchschnitt des Prozentsatzes APD/BNE der einzelnen Länder) 0.46 %, das sind 0.01 % weniger als 2005. Mit 0.39 % liegt die Schweiz unter den 22 DAC-Ländern in Prozenten APD/BNE auf Rang 11, in absoluten Zahlen auf Rang 15.

Das von den Vereinten Nationen 1970 für die APD festgelegte Ziel von 0.7 % wurde bis heute nur von 5 Mitgliedsländern erreicht oder übertroffen, während 5 andere Länder über dem Durchschnitt von 0.46 % liegen. 16 Länder haben das im Jahr 2002 (anlässlich der Konferenz von Monterrey zur Entwicklungsfinanzierung) festgelegte Ziel erreicht und ihre Hilfe bis 2006 erhöht.



Grafik 3

Aufteilung der bilateralen APD nach Kontinenten 2006 (Mio. Fr. und %)

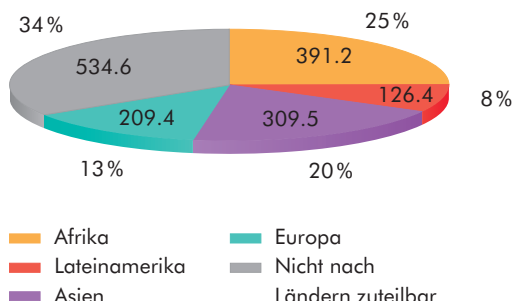


Tabelle 3

Bilaterale APD nach Einkommenskategorien 2006 (Mio. Fr.)

	2006	2005
Länder am wenigsten entw. (LDC)	311.3	304.7
Länder mit geringem Einkommen	235.8	246.3
Länder mit mittlerem Einkommen	372.0	552.7
Regionale und nicht nach Ländern zuteilbare Projekte	652.0	646.8
<b>Total bilaterale APD</b>	<b>1'571.2</b>	<b>1'750.5</b>

Die bilaterale APD der Schweiz geht vorwiegend an Länder mit geringem Einkommen und konzentriert sich auf Afrika und Asien. Die Zahlen 2006 zeigen es aufs Neue (fast die Hälfte der bilateralen Hilfe wurde in diese beiden Kontinente investiert). 2006 haben zwei **Entschuldungsmassnahmen**, die Nigeria und Serbien gewährt wurden (123 Mio. Fr.), die Aufteilung nach Geografie und nach Einkommen beeinflusst. Die **nicht nach Ländern zuteilbaren** Beiträge umfassen Leistungen an regionale Programme und Projekte, Mandate an Entwicklungsorganisationen in den Bereichen Ausbildung, Forschung oder thematische Beratung, den allgemeinen Beitrag an das IKRK sowie die Begleitmassnahmen, Funktionskosten und Logistik in der Schweiz. Die Kosten für die Unterstützung der Asylbewerber zählen ebenfalls zu den nicht zuteilbaren Beiträgen.

Auf der DEZA-Internetseite sind detailliertere Angaben zur geografischen Aufteilung und Verwendung der bilateralen APD aufgeführt.

Tabelle 4

Multilaterale APD der Schweiz 2006, allgemeine Beiträge (Mio. Fr.)

	2006	2005
<b>Organisationen der Vereinten Nationen</b>	<b>144.4</b>	<b>138.3</b>
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	52.0	52.0
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	18.0	18.0
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	12.5	12.5
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	12.5	10.5
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	11.0	11.0
Andere Entwicklungsorganisationen der UNO	38.4	34.3
<b>Internationale Finanzierungsinstitutionen</b>	<b>289.0</b>	<b>259.8</b>
Internationale Entwicklungsagentur (IDA)	204.5	176.9
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF)	55.4	51.2
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)	13.3	13.3
Andere Fonds und Finanzierungsinstitutionen	15.9	18.5
<b>Andere Institutionen</b>	<b>58.4</b>	<b>58.6</b>
Globaler Umweltfonds (GEF)	16.1	16.8
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	12.0	12.0
Genfer Internationales Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD)	8.0	8.0
Andere Institutionen	22.3	21.8
<b>Total multilaterale APD</b>	<b>491.8</b>	<b>456.7</b>

Die multilaterale APD umfasst die allgemeinen Beiträge an internationale Entwicklungsinstitutionen, die die DAC Bedingungen erfüllen, um der APD angerechnet zu werden. Die Beiträge an internationale Nichtregierungsorganisationen (wie das IKRK, gemäss Definition des DAC) zählen zur bilateralen APD.

Verglichen mit den Vorjahren hat die multilaterale APD zugenommen. Der Anteil der multilateralen APD am Total der APD beläuft sich 2006 auf rund 24 %, was dem seit 2000 beobachteten Durchschnitt entspricht. Die allgemeinen Beiträge an spezialisierte UNO-Agenturen machen wie in der Vergangenheit 30 % der multilateralen APD aus, die Zahlungen an die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) mehr als die Hälfte. Bei den IFIs werden jedoch nicht die effektiven Auszahlungen, sondern die hinterlegten «Schuldverschreibungen» (Sichtwechsel) als APD erfasst, was von einem Jahr zum andern zu beträchtlichen Differenzen führen kann.

Auf der Internetseite der DEZA ist eine detaillierte Aufstellung der multilateralen Beiträge publiziert.

Tabelle 5

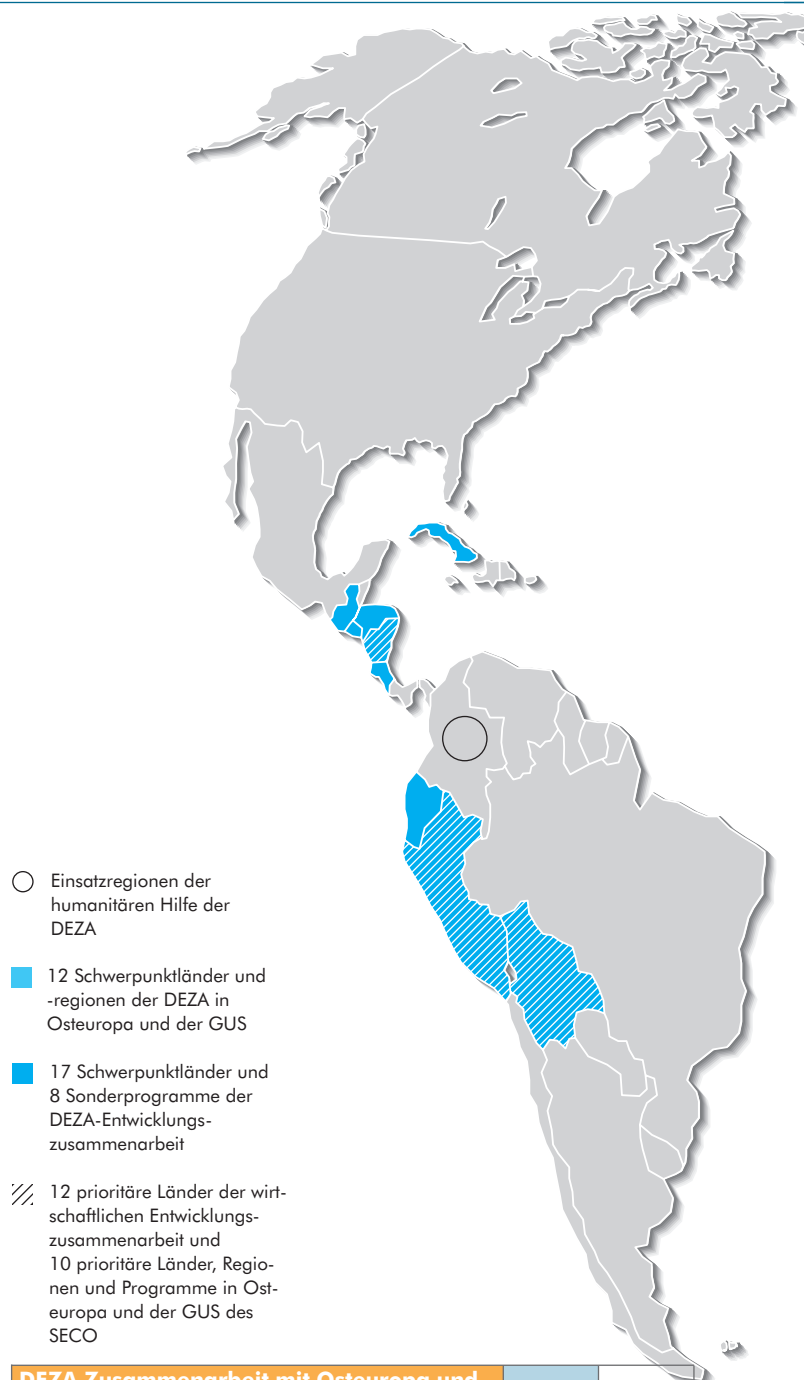
Ausgaben DEZA und SECO (WE) nach Schwerpunktländern und -regionen 2006 (Mio. Fr.)

DEZA Zusammenarbeit mit dem Süden	2006	2005
<b>Schwerpunktländer und -regionen</b>	<b>233.0</b>	<b>240.4</b>
Vietnam/Mekong	22.5	22.7
Indien	21.1	25.5
Nicaragua/Zentralamerika	20.3	20.5
Nepal	17.8	17.2
Tansania	17.4	16.7
Bangladesch	15.3	11.6
Pakistan	14.1	15.3
Mosambik	14.0	14.6
Burkina Faso	13.4	13.3
Peru	11.5	11.6
Bolivien	11.4	14.3
Niger	10.4	11.2
Benin	10.2	8.6
Tschad	9.9	11.0
Ecuador	8.9	8.2
Mali	8.7	12.9
Bhutan	6.2	5.4
<b>Spezialprogramme</b>	<b>70.4</b>	<b>63.8</b>
Südafrika/Südliches Afrika	17.8	20.4
Gaza und Westjordanland	12.7	10.0
Afghanistan	11.7	8.7
Ruanda/Grosse Seen	9.7	9.0
Madagaskar	7.2	6.5
Nordkorea	4.7	4.5
Mongolei	4.0	2.6
Kuba	2.4	2.0
<b>Andere Aktivitäten</b>	<b>229.8</b>	<b>221.2</b>
Andere Länder und Regionen, Administrativkosten	168.0	162.1
Programmbeiträge an NGOs	61.8	59.1
<b>Total</b>	<b>533.1</b>	<b>525.4</b>

DEZA Begleitmassnahmen	2006	2005
Allgemeine Aufgaben und Administrativkosten	32.4	37.6

DEZA humanitäre Hilfe	2006	2005
<b>Einsatzregionen</b>	<b>93.9</b>	<b>79.7</b>
Sudan/Tschad	15.8	16.3
Grosse Seen	15.2	15.3
Jordanien, Syrien, Libanon	15.1	2.1
Gaza und Westjordanland	10.1	7.0
Afghanistan	8.9	11.5
Pakistan	7.9	7.9
Südkaucasus	7.8	10.1
Liberia	7.2	3.8
Nordkaucasus, Russland	6.0	5.8
<b>Andere Aktivitäten</b>	<b>207.6</b>	<b>223.9</b>
Andere Länder und Regionen	74.3	99.1
Allgemeiner Beitrag an das IKRK	70.0	70.0
Allgemeine Programme, Logistik und Administrativkosten	35.6	29.2
Beiträge an internationale Organisationen	27.7	25.6
<b>Total</b>	<b>301.5</b>	<b>303.7</b>

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	2006	2005
Allgemeine Beiträge an internationale Organisationen	354.2	342.1



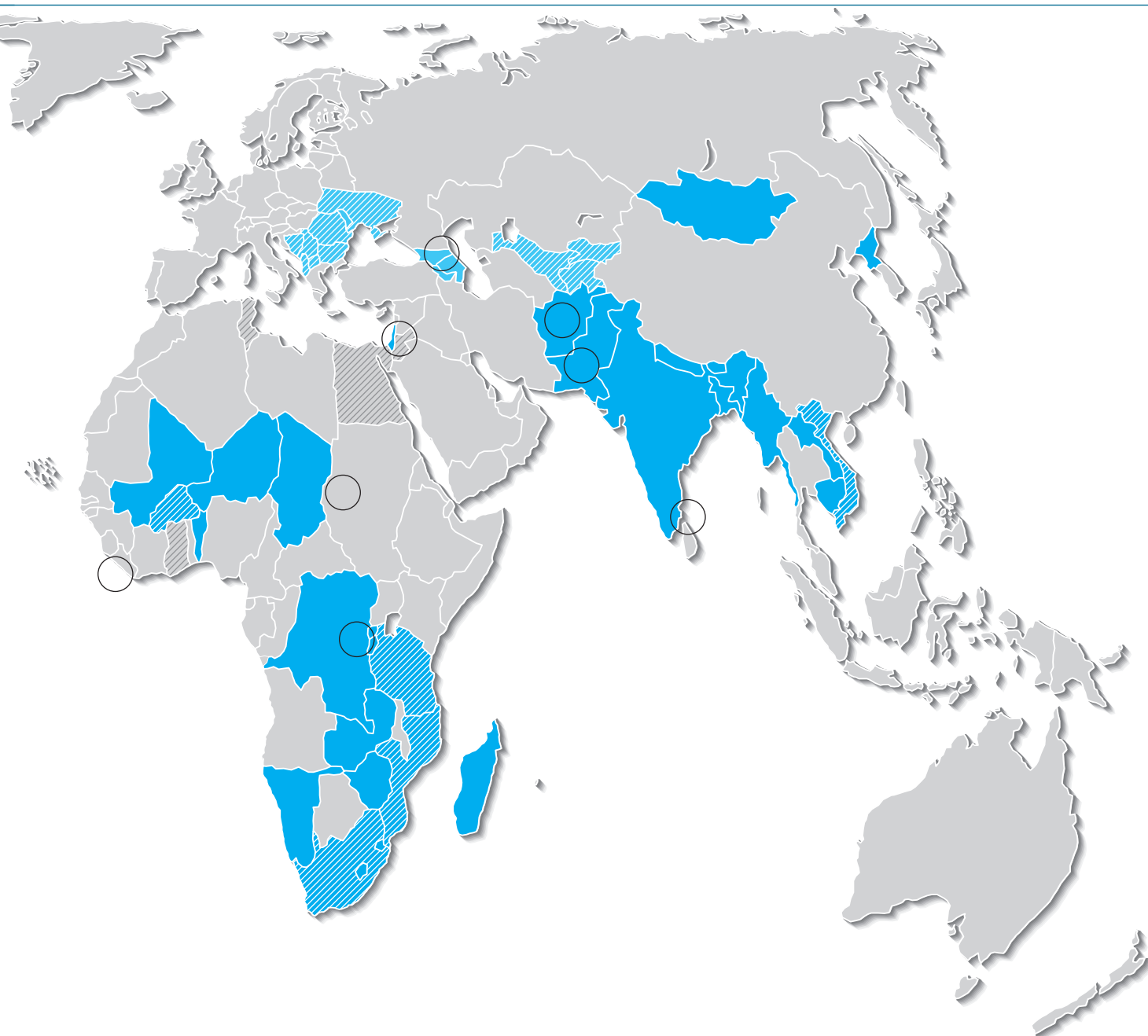
○ Einsatzregionen der humanitären Hilfe der DEZA

■ 12 Schwerpunktländer und -regionen der DEZA in Osteuropa und der GUS

■ 17 Schwerpunktländer und 8 Sonderprogramme der DEZA-Entwicklungszusammenarbeit

▨ 12 prioritäre Länder der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit und 10 prioritäre Länder, Regionen und Programme in Osteuropa und der GUS des SECO

DEZA Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	2006	2005
<b>Schwerpunktländer und -regionen</b>	<b>77.6</b>	<b>73.5</b>
Zentralasien	18.4	18.5
Bosnien-Herzegowina	10.6	8.8
Albanien	8.7	5.8
Südkaucasus	8.6	6.0
Ukraine	7.5	6.1
Serbien (ohne Kosovo)	6.9	7.8
Bulgarien	5.8	7.0
Rumänien	5.5	7.3
Mazedonien	5.5	6.1
<b>Spezialprogramme der DEZA</b>	<b>16.1</b>	<b>13.2</b>
Kosovo	7.6	5.4
Republik Moldau	4.7	2.5
Russland	3.7	5.2
<b>Andere Aktivitäten</b>	<b>14.9</b>	<b>17.6</b>
Andere Länder und Regionen, Administrativkosten	14.9	17.6
<b>Total</b>	<b>108.6</b>	<b>104.2</b>



<b>SECO Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>2006</b>	<b>2005</b>
<b>Schwerpunktländer und -programme</b>	<b>79.9</b>	<b>87.3</b>
Ghana	17.0	14.6
Tansania	12.1	10.6
Mosambik	11.6	12.5
Burkina Faso	9.3	9.7
Vietnam	8.7	7.8
Nicaragua	7.9	10.4
Südafrika	5.5	4.1
Ägypten	2.5	10.9
Bolivien	1.8	4.0
Peru	1.7	2.4
Tunesien	1.2	-
Jordanien	0.7	0.5
<b>Verschiedenes</b>	<b>73.8</b>	<b>66.6</b>
Regionalprogramme und andere Länder	40.1	28.6
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	33.7	38.0
<b>Total</b>	<b>153.7</b>	<b>153.9</b>

<b>SECO Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS</b>	<b>2006</b>	<b>2005</b>
<b>Schwerpunktländer, -regionen und -programme</b>	<b>60.1</b>	<b>56.9</b>
Zentralasien	23.6	18.1
Serbien	13.0	7.6
Rumänien	10.5	0.9
Ukraine	3.4	9.8
Albanien	2.5	5.8
Aserbaidshan	2.2	5.6
Mazedonien	1.5	4.4
Bulgarien	1.3	2.7
Kosovo	1.2	1.0
Bosnien-Herzegowina	1.1	1.0
<b>Verschiedenes</b>	<b>19.3</b>	<b>27.6</b>
Regionalprogramme und andere Länder, Administrativkosten	19.3	27.6
<b>Total</b>	<b>79.4</b>	<b>84.5</b>



**Tabelle 6**  
Humanitäre Hilfe  
der DEZA 2006  
(Mio. Fr.)

	Allgemeine Barbeiträge	Ausser- ordentliche Barbeiträge	Nahrungs- mittelhilfe	Total
<b>Internationale Organisationen</b>	<b>27.7</b>	<b>59.1</b>	<b>18.5</b>	<b>105.3</b>
Welternährungsprogramm (WFP)	2.0	17.4	18.4	37.8
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	11.0	15.9	–	26.9
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	12.5	3.7	–	16.2
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)	1.5	8.8	–	10.3
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	–	2.8	–	2.8
Andere internationale Organisationen	0.7	10.5	0.1	11.3
<b>Organisationen des Internationalen Roten Kreuzes</b>	<b>70.8</b>	<b>27.5</b>	<b>–</b>	<b>98.2</b>
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	70.0	27.1	–	97.1
Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRCRCS)	0.8	0.4	–	1.1
<b>Schweizer NGOs</b>	<b>–</b>	<b>17.9</b>	<b>9.4</b>	<b>27.3</b>
<b>Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH), inkl. admin. Kosten</b>	<b>–</b>	<b>44.1</b>	<b>5.4</b>	<b>49.5</b>
<b>Andere Aktionen der humanitären Hilfe</b>	<b>–</b>	<b>20.9</b>	<b>0.1</b>	<b>21.1</b>
<b>Total humanitäre Hilfe 2006</b>	<b>98.4</b>	<b>169.6</b>	<b>33.5<sup>a)</sup></b>	<b>301.5</b>
<b>Total humanitäre Hilfe 2005</b>	<b>96.6</b>	<b>174.0</b>	<b>33.0</b>	<b>303.7</b>

a) 19 Mio. Fr. für schweizerische Milchprodukte und 14 Mio. Fr. für Getreide

Der Totalbetrag der Humanitären Hilfe des Bundes für 2006 beinhaltet einen Zusatzkredit von 20 Millionen Franken (davon wurden 18 Millionen Franken ausbezahlt), der vom Bundesrat für Soforthilfe im Libanon und für das besetzte palästinensische Gebiet gesprochen wurde.

**Tabelle 7**  
Einsätze des  
Schweizerischen  
Korps für huma-  
nitäre Hilfe  
(SKH) 2006

Fachbereiche	Afrika		Latein- amerika		Asien		Europa		Total	
	Total Einsätze	davon second- ments <sup>a)</sup>	Total Einsätze	davon second- ments	Total Einsätze	davon second- ments	Total Einsätze	davon second- ments	Total Einsätze	davon second- ments
Logistik	37	11	6	–	63	4	17	–	123	15
Anwaltschaft/Protection	1	1	–	–	3	2	2	2	6	5
Bau	12	8	–	–	39	8	4	–	55	16
Medizin	4	2	2	2	13	–	10	–	29	4
Trinkwasser/ Siedlungshygiene	7	7	–	–	6	–	5	–	18	7
Vorbeugung/Vorsorge	2	1	4	–	20	–	8	–	34	1
Information	1	1	–	–	2	–	3	–	6	1
Umwelt/Atom, Biologie, Chemie (ABC)	4	3	–	–	5	4	1	–	10	7
Rettung	–	–	–	–	14	–	12	–	26	–
Andere <sup>b)</sup>	1	–	2	1	8	–	11	–	22	1
<b>Total Einsätze 2006</b>	<b>69</b>	<b>34</b>	<b>14</b>	<b>3</b>	<b>173</b>	<b>18</b>	<b>73</b>	<b>2</b>	<b>329</b>	<b>57</b>
<b>Total Einsätze 2005</b>	<b>70</b>	<b>50</b>	<b>22</b>	<b>5</b>	<b>228</b>	<b>20</b>	<b>69</b>	<b>11</b>	<b>389</b>	<b>81</b>

a) Secondments: Zurverfügungstellung von Mitgliedern des SKH an internationale Organisationen

b) Andere: Einsätze des Soforteinsatzteams und der Rettungskette Schweiz

2006 leistete das SKH insgesamt 34'005 Einsatztage (2005 33'432).

Tabelle 8

**DEZA-  
Zusammenarbeit  
mit dem Süden  
nach Sektoren in  
den Schwer-  
punktländern  
und -regionen  
2006 (Mio. Fr.)**

	Gesundheit und Bevölkerung	Erziehung	Wasser	Landwirtschaft/ Forstwesen	Gouvernanz	Soziales und Infrastruktur	Wirtschaftliche Entwicklung	Multisektoriell und Allgemein	Total
<b>Afrika</b>	<b>27.7</b>	<b>17.4</b>	<b>7.4</b>	<b>18.8</b>	<b>17.5</b>	<b>8.6</b>	<b>2.7</b>	<b>35.6</b>	<b>135.7</b>
Südafrika/Südliches Afrika	2.0	1.8	1.5	1.9	4.1	0.6	-	5.9	17.8
Tansania	8.2	0.1	-	-	2.0	2.5	-	4.6	17.4
Mosambik	8.5	0.0	3.3	2.3	0.6	0.2	-0.1	-0.8	14.0
Burkina Faso	0.1	4.5	-	1.1	0.9	1.0	0.3	5.6	13.4
Niger	0.0	0.9	0.5	1.5	0.5	0.7	-	6.3	10.4
Benin	4.1	0.8	-	0.1	0.2	0.8	1.4	2.7	10.2
Tschad	0.2	4.4	-	1.1	-	1.8	-	2.3	9.9
Ruanda/Grosse Seen	2.6	0.1	0.0	0.0	5.7	0.0	0.0	1.2	9.7
Mali	1.4	1.9	1.2	1.1	1.3	-0.9	0.8	1.8	8.7
Madagaskar	0.0	-	0.0	6.1	0.5	0.0	-	0.5	7.2
Andere Länder und Regionen	0.5	2.9	0.9	3.6	1.7	1.7	0.3	5.4	16.9
<b>Lateinamerika</b>	<b>1.3</b>	<b>3.4</b>	<b>6.3</b>	<b>11.0</b>	<b>11.2</b>	<b>1.4</b>	<b>9.5</b>	<b>17.8</b>	<b>61.8</b>
Nicaragua/Zentralamerika	0.0	0.2	4.2	4.5	2.3	1.1	4.0	3.9	20.3
Peru	1.2	0.7	1.1	0.3	2.6	0.1	1.3	4.2	11.5
Bolivien	-	1.0	-	0.5	4.8	0.1	2.6	2.3	11.4
Ecuador	-	0.7	-	2.5	1.0	-	1.3	3.5	8.9
Kuba	-	-	-	0.1	-	0.0	-	2.3	2.4
Andere Länder und Regionen	0.1	0.7	1.0	3.0	0.5	0.2	0.4	1.5	7.4
<b>Asien</b>	<b>5.5</b>	<b>14.6</b>	<b>7.5</b>	<b>24.4</b>	<b>26.8</b>	<b>11.1</b>	<b>5.8</b>	<b>50.7</b>	<b>146.4</b>
Vietnam/Mekong	2.5	0.5	0.4	7.3	3.1	0.0	0.2	8.4	22.5
Indien	-	-0.1	5.4	2.8	4.5	2.6	1.0	4.9	21.1
Nepal	0.6	1.9	-	3.4	1.9	6.1	-	3.8	17.8
Bangladesch	-	4.3	0.9	1.0	0.6	0.5	1.5	6.6	15.3
Pakistan	-	-	0.4	0.9	5.0	0.0	1.6	6.1	14.1
Gaza und Westjordanland	2.0	0.5	-	0.1	2.4	0.8	0.5	6.4	12.7
Afghanistan	0.3	1.9	-	-	4.0	0.1	0.2	5.2	11.7
Bhutan	0.0	3.3	-	2.1	0.1	0.6	-	0.1	6.2
Nordkorea	-	0.0	0.0	2.4	0.6	0.2	0.8	0.8	4.7
Mongolei	-	0.1	-	1.6	0.1	0.1	0.1	2.1	4.0
Andere Länder und Regionen	0.0	2.2	0.4	2.8	4.5	0.1	0.1	6.2	16.2
<b>Europa</b>	<b>0.1</b>	<b>1.4</b>	<b>0.1</b>	<b>0.1</b>	<b>0.4</b>	<b>0.1</b>	<b>-</b>	<b>0.4</b>	<b>2.5</b>
<b>Geografisch nicht zuteilbar</b>	<b>4.2</b>	<b>8.2</b>	<b>2.9</b>	<b>7.8</b>	<b>15.1</b>	<b>2.0</b>	<b>3.8</b>	<b>81.0</b>	<b>125.0</b>
<b>Programmbeiträge an NGOs</b>	<b>3.4</b>	<b>1.6</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>4.9</b>	<b>51.8</b>	<b>61.8</b>
<b>Total 2006</b>	<b>42.1</b>	<b>46.6</b>	<b>24.1</b>	<b>62.1</b>	<b>71.0</b>	<b>23.2</b>	<b>26.7</b>	<b>237.3</b>	<b>533.1</b>
<b>Total 2005</b>	<b>39.2</b>	<b>39.6</b>	<b>23.3</b>	<b>58.3</b>	<b>75.7</b>	<b>31.1</b>	<b>25.5</b>	<b>232.8</b>	<b>525.4</b>

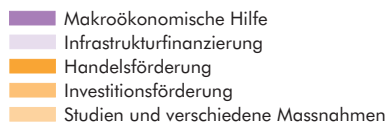
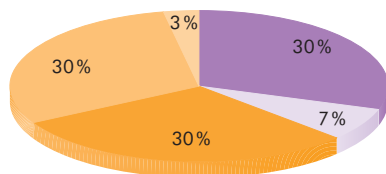
Diese Tabelle veranschaulicht die Politik der geografischen Konzentration der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der DEZA in den Ländern des Südens. In den meisten dieser Länder verfügt die DEZA über eine langjährige Erfahrung der Zusammenarbeit sowohl mit den Regierungen wie auch den Akteuren der Zivilgesellschaft oder dem privaten Sektor. Mehrjährige Zusammenarbeitsstrategien bilden den Referenzrahmen für die sektoriellen Ausrichtungen. 2006 hat die DEZA ihre mittelfristige Strategie überarbeitet und beschlossen, ihre Zusammenarbeit auf 14 prioritäre Länder und Regionen zu konzentrieren (bisher 17) und 8 Spezialprogramme. Während des Jahres hat die DEZA die notwendigen Anpassungen eingeleitet, namentlich die Beendigung der Zusammenarbeit in Ecuador und die Reduzierung der Aktivitäten in Bhutan bis 2010. Zudem arbeitete die DEZA ein Partnerschaftsprogramm aus für die zukünftige Zusammenarbeit mit Indien. Die Schweiz setzt sich in ihren Partnerländern aktiv für die Koordination der Geber und die Harmonisierung der Hilfe ein. 2006 unterstützte die DEZA die Dezentralisierung in den afrikanischen Schwerpunktländern mit innovativen Ansätzen auf lokaler Ebene.

**Tabelle 9**  
**SECO (WE) – Entwicklungs-**  
**zusammenarbeit nach**  
**Instrumenten und**  
**Kontinenten 2006**  
**(Mio. Fr.)**

Instrumente	Afrika	Latein- amerika	Asien	Andere	Total
Makroökonomische Hilfe	36.9	6.9	0.7	1.1	45.7
Infrastrukturfinanzierung	7.9	0.1	2.8	0.7	11.4
Handelsförderung	10.6	5.5	7.9	21.7	45.6
Investitionsförderung	29.3	4.1	6.7	5.6	45.7
Studien und verschiedene Massnahmen	0.6	0.0	0.1	4.5	5.2
<b>Total 2006</b>	<b>85.2</b>	<b>16.6</b>	<b>18.2</b>	<b>33.7</b>	<b>153.7</b>
<b>Total 2005</b>	<b>64.6</b>	<b>28.6</b>	<b>22.7</b>	<b>38.0</b>	<b>153.9</b>

Die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit des SECO fokussiert 2006 noch stärker als früher auf Afrika. Die Schwerpunkte liegen in der Entwicklung des Privatsektors, der Handelsförderung und der makroökonomischen Unterstützung (insbesondere Budgethilfe). Parallel zur Konzentration auf 12 Schwerpunktländer führt das SECO weiterhin regionale Programme durch, die besonders im Bereich der Handels- und Investitionsförderung oft wirksamer sind als isolierte Projekte für einzelne Länder.

**Grafik 4**  
**Zusammenarbeit**  
**des SECO (WE) mit**  
**Entwicklungs-**  
**ländern 2006**





**Tabelle 10**  
Zusammenarbeit DEZA und SECO (WE) mit Osteuropa und der GUS 2006 (Mio. Fr.)

DEZA technische Zusammenarbeit nach Sektoren	Südost-europa	GUS <sup>a)</sup>	Nicht zuteilbar	Total
Gouvernanz	13.1	11.6	0.2	25.0
Gesundheit	7.5	11.7	0.0	19.2
Umwelt, Wasser, Infrastruktur	4.2	4.4	0.6	9.3
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	4.7	7.0	0.0	11.7
Erziehung und Bildung	9.7	1.4	0.0	11.1
Wirtschaftl. Entwicklung und Beschäftigung	6.7	0.9	–	7.6
Kultur und Forschung	5.9	0.9	–	6.8
Andere Sektoren	11.4	5.2	1.5	18.0
<b>Total DEZA 2006</b>	<b>63.1</b>	<b>43.1</b>	<b>2.3</b>	<b>108.6</b>

SECO wirtschaftliche Zusammenarbeit nach Instrumenten	Südost-europa	GUS <sup>a)</sup>	Nicht zuteilbar	Total
Infrastrukturfinanzierung <sup>b)</sup>	22.9	21.7	–	44.6
Handelsförderung	4.0	2.0	2.2	8.3
Investitionsförderung	11.2	7.7	2.8	21.7
Makroökonomische Hilfe	–	0.2	–	0.2
Andere Instrumente	4.0	0.2	0.4	4.6
<b>Total SECO 2006</b>	<b>42.1</b>	<b>31.9</b>	<b>5.4</b>	<b>79.4</b>

<b>Total DEZA/SECO 2006</b>	<b>105.3</b>	<b>75.0</b>	<b>7.8</b>	<b>188.1</b>
<b>Total DEZA/SECO 2005</b>	<b>99.5</b>	<b>80.8</b>	<b>8.4</b>	<b>188.7</b>

a) Gemeinschaft Unabhängiger Staaten  
b) darunter namentlich Projekte in den Sektoren Energie, Wasser und Umwelt

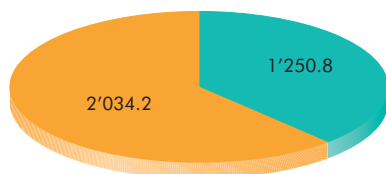
Die Programme im Bereich der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas und der GUS werden von DEZA und SECO gemeinsam definiert. Die finanziellen Mittel werden in Form gemeinsamer Rahmenkredite beantragt.

Die DEZA setzt ihre Mittel zur Förderung von Demokratisierung, Wirtschafts- und Sozialreformen ein. Zu den Schwerpunkten gehören die Stärkung öffentlicher und privater Institutionen, gute Regierungsführung, Einkommensförderung, Reformen des Bildungs- und Gesundheitssektors sowie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Das SECO unterstützt vor allem den Ausbau der Basisinfrastruktur, insbesondere in den Bereichen Energie, Wasser und Umwelt. Weitere Schwerpunkte sind die Unterstützung des Privatsektors, die Handelsförderung und die Entwicklung des Finanzsektors.

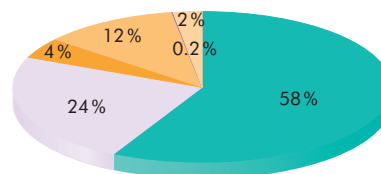
**Grafik 5**  
Zusammenarbeit DEZA und SECO (WE) mit Osteuropa und der GUS nach Instrumenten (Mio. Fr.)

**Total der Verpflichtungen per Ende 2006 (Rahmenkredite I-III)**



■ Technische Zusammenarbeit  
■ Wirtschaftliche Zusammenarbeit

**Total der Auszahlungen 2006**



■ Technische Zusammenarbeit  
■ Infrastrukturfinanzierung  
■ Handelsförderung  
■ Investitionsförderung  
■ Makroökonomische Hilfe  
■ Andere Instrumente

Tabelle 11

Partner DEZA und SECO für bilaterale Aktivitäten 2006 (Mio. Fr.)

	DEZA				SECO	
	NGO Progr.	Spezifische Mandate Hum. Hilfe	EZA	Ost-hilfe	Total	Total
<b>Schweizer NGOs</b>	<b>61.8</b>	<b>27.7</b>	<b>96.1</b>	<b>35.4</b>	<b>221.1</b>	<b>5.8</b>
darunter:						
Intercooperation	–	–	32.2	6.1	38.2	1.6
Helvetas	10.0	0.1	22.5	1.8	34.4	1.3
Swisscontact	4.9	–	11.5	5.7	22.1	2.1
Caritas Schweiz	4.2	5.3	–	1.8	11.4	–
Schweizerisches Rotes Kreuz	3.4	3.1	0.0	2.5	8.9	0.7
Terre des Hommes, Lausanne	2.5	4.1	0.1	0.2	6.9	–
Swissaid	5.9	–	0.4	–	6.3	–
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH)	2.4	0.0	2.4	1.3	6.1	–
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	3.8	0.8	0.2	1.0	5.8	–
Fédération genevoise de coopération (FGC)	4.6	–	–	–	4.6	–
Brot für alle (BFA)	4.2	–	0.0	–	4.2	–
Pro Helvetia	–	–	0.5	3.6	4.1	–
Fastenopfer	3.2	–	0.5	–	3.7	–
<b>Schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen</b>		<b>1.5</b>	<b>31.9</b>	<b>7.2</b>	<b>40.6</b>	<b>1.9</b>
<b>Privater Sektor der Schweiz</b>		<b>4.7</b>	<b>30.8</b>	<b>7.7</b>	<b>43.2</b>	<b>9.0</b>
<b>Öffentlicher Sektor der Schweiz</b>		<b>5.8</b>	<b>7.2</b>	<b>1.8</b>	<b>14.8</b>	<b>–</b>
<b>UNO-Organisationen, multi-bilaterale Aktionen</b>		<b>70.6</b>	<b>24.9</b>	<b>6.1</b>	<b>101.7</b>	<b>19.3</b>
darunter:						
Welternährungsprogramm (WFP)		35.8	0.2	–	36.1	–
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)		15.9	1.0	–	16.9	–
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)		1.6	9.3	1.5	12.4	0.0
UNO-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO)		–	0.7	–	0.7	10.3
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)		8.8	–	–	8.8	–
Internationales Handelszentrum der WTO (ITC)		–	–	–	–	6.6
UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte (HCHR)		–	2.0	2.4	4.4	–
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)		2.8	0.3	1.0	4.0	–
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)		3.7	–	–	3.7	–
<b>Internationale Finanzierungsinstitutionen, multi-bilaterale Aktionen</b>		<b>–</b>	<b>10.8</b>	<b>2.0</b>	<b>12.8</b>	<b>24.8</b>
<b>Andere internationale Organisationen, multi-bilaterale Beiträge</b>		<b>105.4</b>	<b>54.4</b>	<b>14.1</b>	<b>173.8</b>	<b>20.0</b>
darunter:						
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)		97.1	–	0.1	97.2	–
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)		–	6.2	0.7	6.9	–
Internationale Vereinigung zur Bewahrung der Natur (IUCN)		–	3.7	–	3.7	–
<b>Organisationen des Südens und Ostens</b>		<b>11.9</b>	<b>132.1</b>	<b>16.3</b>	<b>160.3</b>	<b>1.2</b>
<b>Personal- und Administrativkosten, direkte Aktionen</b>		<b>46.2</b>	<b>115.3</b>	<b>18.1</b>	<b>179.7</b>	<b>147.2</b>
<b>Total 2006</b>	<b>61.8</b>	<b>273.8</b>	<b>503.7</b>	<b>108.6</b>	<b>947.9</b>	<b>229.2</b>
<b>Total 2005</b>	<b>59.1</b>	<b>278.0</b>	<b>504.0</b>	<b>104.2</b>	<b>945.3</b>	<b>233.1</b>

Die DEZA und das SECO haben zur Umsetzung der von ihnen finanzierten Programme und Projekte ein umfangreiches Netz von Partnerorganisationen aufgebaut. Die Zusammenarbeit kann in verschiedener Form erfolgen: Programmbeiträge, spezifische Mandate oder Kofinanzierungen. Die schweizerischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind für die Umsetzung der Programme und Projekte der DEZA die wichtigsten Partner geblieben. Die DEZA unterstützt zudem 19 wichtige Hilfswerke und Dachorganisationen mit allgemeinen Beiträgen.

Die Jahrestagung der **Humanitären Hilfe** zum Thema «Auf der Flucht» widmete sich den Millionen von Menschen, die infolge von Konflikten oder Katastrophen ihren Wohnort verlassen mussten. Über 800 geladene Gäste nahmen am 7. April in Biel an dieser Veranstaltung teil. Anhand der Länder Uganda, Bosnien, Syrien und Myanmar wurden die Folgen der ungewollten Migration für die betroffenen Menschen veranschaulicht.

Über 1500 Personen besuchten am 25. August in Bern die Jahreskonferenz der **Entwicklungszusammenarbeit**. Zum Thema «Mit vereinten Kräften» zeigte sie verschiedenste Möglichkeiten von Partnerschaften auf, insbesondere mit UNO-Organisationen, mit Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungsbanken, mit der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft. Diese breite Palette wurde am Beispiel Nicaraguas illustriert.

Im Balkan zeichnet sich eine Generation von Jugendlichen ab, die entschieden in die Zukunft blicken und ihr Schicksal in die Hand nehmen, anstatt ihre Chancen anderswo zu suchen. Ziel der **Ostzusammenarbeit** ist es insbesondere, ihnen bessere soziale und wirtschaftliche Perspektiven zu bieten. Dieser «Generation in Bewegung» widmete sich die 11. Jahreskonferenz vom 3. November in Lausanne.

### Impressum

#### Herausgeber

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA),  
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA),  
3003 Bern, Tel.: 031 322 44 12, Fax: 031 324 13 48  
Internet: [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)  
E-mail: [info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch)

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO),  
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD),  
3003 Bern, Tel.: 031 324 09 10, Fax: 031 324 09 62  
Internet: [www.seco-cooperation.admin.ch](http://www.seco-cooperation.admin.ch)  
E-mail: [info@seco-cooperation.ch](mailto:info@seco-cooperation.ch)

**Redaktion/Koordination:** Catherine Vuffray, DEZA

**Text:** Jane-Lise Schneeberger, Pont-la-Ville

**Statistiken:** Christiane Sollberger, DEZA

Catherine Graf Lutz, DEZA

Miryam Rordorf Duvaux, DEZA

**Gestaltung:** etter grafik+co, Zürich

**Fotos:** 1. und 4. Umschlagseiten: Berthold Steinhilber/Keystone; 1. Umschlagseite: Michael Reynolds/Keystone; Seite 3: DEZA, SECO; Seite 4: Rajesh Kumar Singh/Keystone; Seite 5: STR/Keystone; Seite 6: Bjorn Svensson/Keystone; Seite 7: Yoshiko Kusano/Keystone; Seite 8: Sigi Tischler/Keystone; Seite 9: Michael Reynolds/Keystone; Seite 10: Sergei Grits/Keystone; Seite 11: Lutfallah Daher/Keystone

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich. Weitere Exemplare können bestellt werden bei: [info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch) oder 031 322 44 12.

